BSW Landesverband Thüringen | Magdeburger Allee 4 | 99086 Erfurt

Erfurt, 15.08.2024

Wahlprüfsteine VdK

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Fragen zur Landtagswahl 2024 beantwortet Ihnen das BSW wie folgt:

1. Was planen Sie, um Armut zu bekämpfen, die auch in Thüringen über 18% der Bevölkerung bedroht?

Armut ist leider auch in Thüringen immer noch Realität. Das betrifft verschiedene Ebenen. Das BSW wehrt sich gesamtgesellschaftlich dagegen, dass immer mehr Ressourcen in Waffen und Kriegsgerät fließen, statt beispielsweise in unsere Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen.
Speziell Thüringen ist trotz zehn Regierungsjahren einer sich sozial definierenden Koalition immer noch ein Niedriglohnland. Mehr als 30 Jahre nach der Wende liegt das hiesige Einkommensniveau weit unter dem Bundesdurchschnitt auf Platz 14 von 16 Ländern. Das BSW setzt sich deshalb für mehr Tarifbindung, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in Thüringen ein. Es will Wirtschaft, Wissenschaft und Innovationen fördern, damit attraktive Unternehmen in Thüringen investieren und sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen oder erhalten.
Nötig sind auch gerechte und armutsfeste Renten sowie die Abschaffung der Rentenbesteuerung. Gegen letztere wollen wir im Bundesrat vorgehen. Das BSW setzt sich für ein Rentensystem nach dem Vorbild Österreichs ein, wo die Renten im Schnitt um 800 Euro pro Monat höher sind als in Deutschland. Das BSW tritt für eine soziale Erwerbstätigenversicherung ein, in die alle einzahlen, auch Abgeordnete, Selbständige und Beamte.

2. Welche Maßnahmen werden Sie in der kommenden Legislatur umsetzen, um Pflege- und Gesundheitsangebote in Stadt und auf dem Land auszubauen und Pflegebedürftige sowie pflegende Angehörige konkret zu unterstützen?

Die Politik des BSW orientiert sich am Gemeinwohl, das will es für Thüringen mit einem neuen Politikansatz u.a. in den Bereichen Gesundheit und Pflege umsetzen. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Arztpraxen und andere wichtige gesellschaftliche Einrichtungen sollen nicht weiter an Renditejäger verscherbelt werden.
Die Privatisierung und Kommerzialisierung existenzieller Dienstleistungen will das BSW stoppen, Kommunen oder gemeinnützige Anbieter sollen in diesen Branchen Vorrang haben. Das BSW setzt sich zudem für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Das aktuelle Einkommensniveau weit unter dem Bundesdurchschnitt kann hierbei nicht zufriedenstellen.
Um Krankenhäuser nachhaltig zu sichern, will das BSW die Krankenhausinvestitionen deutlich erhöhen. Es hält im ambulanten Bereich den Ausbau des Konzepts der medizinischen Versorgungszentren (Polikliniken) in unterschiedlicher Trägerschaft (zugelassene Ärzte, Krankenhäuser, die kassenärztliche Vereinigung, nicht aber Investoren) für notwendig, gerade im ländlichen Raum und in unterversorgten Regionen.
Die Pflege ist in Thüringen nach wie vor eine Armutsfalle. Dieses Problem wird angesichts der steigenden Zahlen pflegebedürftiger Menschen noch akuter, wenn die Politik nicht gegensteuert. Das

BSW will ein flächendeckendes Beratungsangebot für Pflegeleistungen und wohnortnahe Angebote einführen. Über den Bundesrat wird es sich für einen Pflegekostendeckel für Pflegeheimkosten einsetzen, bei dem der Eigenanteil der Heimbewohner die Durchschnittsrente nicht übersteigen darf.

3. Wie werden Sie sich im Landtag dafür einsetzen, dass das Land die Städte und Kommunen bei dem Erhalt und dem Ausbau sozialer Infrastruktur unterstützt?

Die öffentliche Infrastruktur ist in Deutschland – leider auch in Thüringen – in einer für ein führendes Industrieland blamablen Verfassung. Das betrifft auch die soziale Infrastruktur. Das BSW will sich als ein verlässlicher Partner von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden mit diesen gemeinsam dafür engagieren, die Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden. Dabei ist ein ausdrückliches Ziel, insbesondere Investitionen in die öffentliche Infrastruktur in Thüringen, einschließlich der sozialen Infrastruktur, zu realisieren. Dazu will das BSW eine Neuausrichtung der Förderpolitik mit Fokus auf den ländlichen Raum und die öffentliche Infrastruktur vornehmen.

4. Was sind Ihre Vorschläge, um mehr barrierefreien Wohnraum zu schaffen und um schon vorhandenen Wohnraum barrierefrei nachzurüsten?

In Thüringen ist das Sozialstaatsgebot Verfassungsauftrag, bisherige Landesregierungen haben das aber nur unzureichend umgesetzt. Das BSW will den Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts stoppen und die Politik wieder am Gemeinwohl ausrichten. Das betrifft insbesondere auch das Wohnen, da es ein Grundbedürfnis für ein selbstbestimmtes Leben darstellt. Hier setzt sich das BSW für die Förderung innovativer, generationsübergreifender und gemeindenaher Angebote ein, wie zum Beispiel kommunale Wohnprojekte für altersgerechtes und barrierefreies Wohnen zu sozial verträglichen Mieten. Das BSW will zudem die jährliche Landesförderung für den Umbau altersgerechter und barrierearmer, barrierefreier und behindertengerechter Wohnungen erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Tilo Kummer
Landesgeschäftsführer
Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit
Landesverband Thüringen